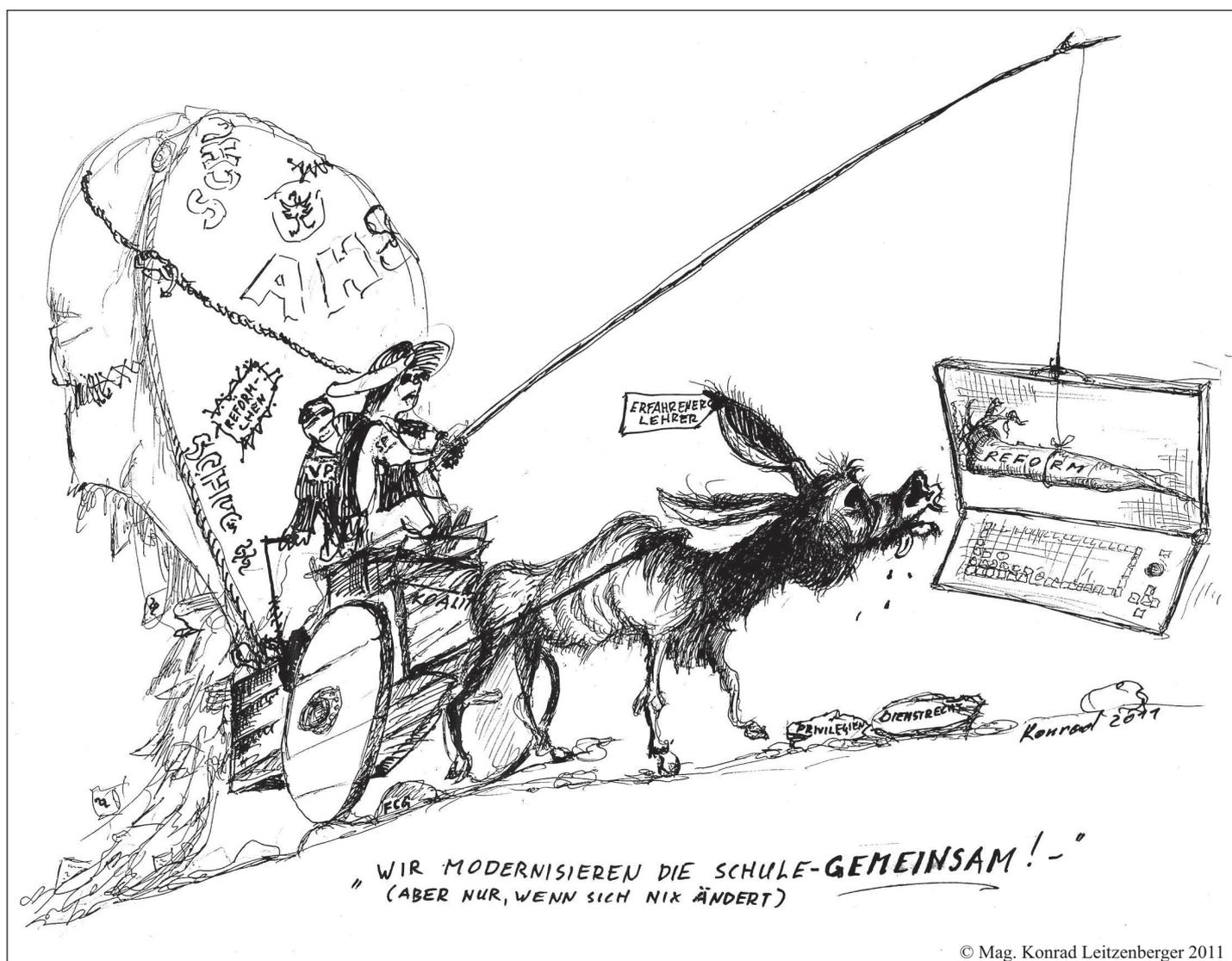


Her mit der Bildungsmilliarde!

Wir sind lange genug Karotten hinterhergelaufen. Her mit der Marie!



© Mag. Konrad Leitzenberger 2011

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Der schwarze Bildungssprecher Amon hat kürzlich wieder sein visionäres Denken öffentlich gemacht: Er schlägt vor, auch in den Gymnasien und Neuen Mittelschulen Leistungsgruppen einzuführen. Er hält das sicherlich für eine großartige und auch mit den roten SchulreformerInnen akkordierbare Idee, wären doch auf diese Weise nMS und AHS-Unterstufe völlig gleichgestellt und damit die Gemeinsame Schule eingeführt. Auch der Mittelschülerkartellverband mit seinem Vorsitzenden Helmut

Kukacka hat sich in seiner Pflingsttagung für das Nebeneinander von nMS und AHS ausgesprochen – da scheint noch kein heiliger Geist über diese Knaben gekommen zu sein, die offenbar nicht nur in ihrer Männerbündelei rückwärts-gewandt bleiben, sondern auch den Sinn einer gemeinsamen Schule nicht verstehen wollen. Weiterhin sollen die Kinder der „Elite“ nicht mit den anderen zusammenkommen. Sie halten wohl nichts von sozialem Lernen und sorgen in der Politik mit knappen Bildungsbudgets dafür, dass nicht zu viele nach oben kommen.

Und deshalb sind sie auch gegen das Bildungsvolksbegehren. Wir aber glauben, dass dieses Volksbegehren die Chance sowohl auf eine weitergehende Bildungsdiskussion, als auch auf eine wirkliche Erhöhung des Bildungsbudgets ist. Darüber und über vieles mehr schreiben wir in diesem Kreidekreis. Wir hoffen, Themen für LehrerInnen aller Schultypen anzusprechen. Seite 15-16 sind speziell für BerufsschullehrerInnen.

Wir wünschen euch einen angenehmen Schulschluss und erholsame Ferien!
Josef Gary Fuchsbauer und s'ÖLI-Team

Inhalt

- 1 • Her mit der Bildungsmilliarde!
- 2 • Bildungsvolksbegehren
- 3 • Get up, stand up
 - ÖLI unterstützt Bildungsvolksbegehren!
 - „Lehrer sollen länger arbeiten!“
 - Kongress 2011 - Arche Nova
 - „Ein guter Lehrer ist ein Trainer“
- 4 • Her mit der nötigen Marie!
 - Volksbegehren Bildungsinitiative: Sitzenbleiben ist keine Lösung!
- 5 • AAA wie Gymnasium. Wer Gesamtschule sagt, will B1!
 - Für überparteiliche Zusammenarbeit bei der Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen.
- 6 • Bericht vom 17. Landeskongress der GÖD OÖ
- 7 • Breiter Protest gegen Stundenkürzungen in Integrationssschulen
 - Bundeskonferenz der GÖD akzeptiert restriktives Finanzrahmengesetz und fordert rasche Verhandlungen „offener Themen“
- 8 • Unabhängige GewerkschafterInnen in Gewerkschaftsvorstände gewählt
- 10 • Projekt: eeducation - Facebook&Co
 - „Kinder gehen gern in den Kindergarten/VS. Wann wird ihnen die Begeisterung ausgetrieben?“
- 11 • Bildung darf kein Erbgut sein
- 12 • Welche Bildungs- und Schulreform braucht Österreich wirklich?
- 13 • Das Dorf der Zukunft
 - Politische Bildung: Aufgabe aller LehrerInnen
- 15 • Berufsbegleitendes BS-Lehramtsstudium
 - JunglehrerIn - wer ist das schon?
 - BS - bunt vermischt!
- 16 • Net obennt oba ausbrennt!
 - „Die pädagogische Hochschule“ oder „die verzweifelte Suche nach den ECTS“

Impressum: EHV: ÖLI-UG,

Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7.

Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer, Dietmar Mühl und die AutorInnen der Beiträge. Papieraufgabe: 12.000.

Der Kreidekreis ist das Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen sind willkommen!

ÖLI-Beitritt bzw. Bestellung eines Kreidekreisabonnements unter:

oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358,

bzw. direkte Einzahlung von

€ 30,- für Mindestmitgliedsbeitrag / Jahr,

€ 7,- für ein Kreidekreisabo / Jahr oder

€ 30,- Mitgliedsbeitrag inkl. Kreidekreis-Abo

und Berufsrechtsschutz / Monat auf

PSK Nr. 78420320, BLZ 60000, ÖLI

Bildungsvolksbegehren

Ihre Unterschrift für die Einreichung JETZT!

Am 1. Juli geht die Unterschriftensammlung für die Einreichung des Bildungsvolksbegehrens zu Ende.

Gedacht war sie von den BetreiberInnen als eine breite, kritische Massenbewegende Kampagne mit einigen zehntausend Unterschriften in Bezirksämtern und Gemeinden. Die Regierung sollte ein erstes Mal unter Druck gesetzt werden, Bildungsreformen ausreichend zu finanzieren: mehr Geld und Eigenverantwortung für die einzelnen Schulen, weniger Landeshauptleute-Verwaltung, ein gemeinsames BundeslehrerInnen-dienstrecht. Eine Kindergartenoffensive, ganztägige Gesamtschulen und die Ausfinanzierung universitärer Forschung und Lehre stehen an. Statt der stark von der Herkunft abhängigen Bildungswegentscheidung für neunjährige Kinder braucht es längst soziale Integration und individuelle Förderung für alle SchülerInnen. ÖGB, AK-Mehrheit, Industriellenvereinigung und Teile der Wirtschaft unterstützen die Ziele des Volksbegehrens, aus unterschiedlichen Gründen, ebenso tun das Organisationen aus dem Sozial-, Kirchen-, Familien- und Kindergartenbereich. FCG-GÖD, ÖAAB und ÖVP sind dagegen.

Für Bildungsrettungspakete aktiv werden

Angesichts der von der Regierung angekündigten, im Budgetrahmengesetz krass unterfinanzierten Reformvorhaben, darunter ein den veränderten Aufgaben und Arbeitsbedingungen entsprechendes LehrerInnen-dienstrecht, eine neuen universitäre PädagogInnenbildung, und angesichts der den Universitäten weiterhin vorenthaltenen Ressourcen, der fehlenden Arbeitsplätze und der zunehmenden Prekarisierung

der Beschäftigungsverhältnisse haben wir Unabhängigen GewerkschafterInnen bei der GÖD-Bundeskonferenz am 22. Mai die Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens durch die ÖGB-Teilgewerkschaft GÖD vorgeschlagen. Begründung: Die Bewegung für das Volksbegehren für eine Gewerkschaftskampagne zur notwendigen Aufstockung der Bildungsbudgets nutzen – für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste! Die FCG-GÖD hat abgelehnt, die FSG-FunktionärInnen haben sich einmal mehr verschwiegen. Bildungsbürgerliche ÖVP-Standespolitik ist auch für den neuen AHS-Vorsitzenden Quin die oberste Maxime, das Gymnasium für die Besseren muss bleiben. Im Pflichtschulbereich steht offenbar die Einbindung von FCG-FunktionärInnen der APS in die Landespartei-, die Landes- und Bezirksschulratshierarchie jeder Bewegung in Richtung Schulverwaltungsreform und Gesamtschule im Weg. Noch.

Regierung und Parlament unter Druck setzen

Das Bildungsvolksbegehren bietet Möglichkeiten, die Notwendigkeit von Bildungsmilliarden und sozialen Bildungsreformen und einem demokratischen LehrerInnen-dienstrecht NEU in den Medien und in den Gewerkschaften breiter als bisher und damit öffentlichkeitswirksam zu diskutieren. Einmal bis Anfang Juli, dann im Herbst, wenn das Volksbegehren zur Eintragung aufliegen wird.

Bildung kostet. Bildungsreformen kosten. Österreich ist ein reiches Land – Vermögens- und Spekulationssteuern sind notwendig, die Schulverwaltungsreform allein ist zu wenig.

Reinhart Sellner,

Get up, stand up

Unterstützungsfest von „Bildung grenzenlos“



Get up stand up, stand up for your rights
get up stand up, don't give up the fight

„Spoarn - Krise - no mehr spoarn
es gibt kan andern Ausweg, leida!
Krise - spoarn - no mehr spoarn
bildungsmäßig kein Grund zur Panik,
weil wir sumpfern weida!“

Kinderkrippen, Kindergärten?
Ganztägige Gesamtschule?
Freie Forschung, freie Lehre,
freier Zugang?
Öffentlich und ausfinanzierte
Universitäten?
Geht net, Sachzwang, leider nein?

Get up stand up, stand up for your rights
get up stand up, don't give up the fight

„Aufsteh?
Wer? Mir?
Mir do net. Naa.
Das hat bei uns kaa Tradition!
Bleimma no a wengerl sitzen ...
bleimma sitzen, bleimma sitzen!
wir wollen sitzenbleiben!
wir wollen sitzenbleiben!“

Get up stand up, stand up for your rights
get up stand up, don't give up the fight
get up stand up, stand up for your rights
get up stand up, don't give up the fight

Reinhart Sellner, 9.6.2011
sellner@oeli-ug.at

Bildung Grenzenlos hat im Mai eine Art Unterstützungsfest für die Unterzeichnung organisiert, mit Notar und Niki Glattauer und einem Liedermacher. Der hat sich mit der Defensiv-Losung vom Nicht-sitzenbleiben-dürfen Bob Marleys STAND UP entgegengesetzt:

Preacher man don't tell me:
„Leistung muss sich lohnen,
Gerechtigkeit für alle
geht sich leider net aus
Banken-Rettungs-Schirme sind grad
noch möglich Bildungs-Milliarden gehen
sich leider nimmer aus“

Das Bildungsvolksbegehrt
ruft auf zur Gegenwehr

ÖLI unterstützt Bildungsvolksbegehren!

Dieses kann noch bis 1. Juli in den Gemeindeämtern unterschrieben werden. Bei der Mitgliederbefragung haben sich 73,2% dafür ausgesprochen, dass die ÖLI zur Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens aufrufen soll.

Ihr könnt euch von
www.vbbi.at/fileadmin/user_upload/pdf/VBBI_Unterstuetzungserklaerung.pdf

das Formular herunterladen, es ausdrucken und ausfüllen. Die persönliche Unterschrift ist aber erst vor den Augen der Gemeindebediensteten zu leisten. Auf der zweiten Seite des pdf findet ihr auch eine Langform der Forderungen des Volksbegehrens.

Natürlich ist in den Texten des Bildungsvolksbegehrens nicht alles enthalten, wofür die ÖLI eintritt (z.B. in Bezug auf Demokratisierung und Finanzierung). Wir sehen den Prozess dieses

Volksbegehrens aber als Chance zur öffentlichen Diskussion der Bildung in Österreich und damit zum Aufbrechen von Verkrustungen und Vorantreiben von positiven Entwicklungen.

Wer bis 1.7. noch nicht unterschrieben hat, kann das dann erst wieder in der Eintragungswoche im Herbst tun (Termin steht noch nicht fest).

„Lehrer sollen länger arbeiten!“

„Lehrer sollen LÄNGER ARBEITEN“ bzw. mehr Zeit an der Schule verbringen (kritischer Artikel in der GÖD-Zeitung). Versuch der Selbsttherapie einer BHS-Professorin angesichts täglicher Medienberichte zu diesem Thema.

Politiker kritisieren, dass die Lehrer zu wenig Zeit an der Schule verbringen. Die Politik will JunglehrerInnen eine höhere Anwesenheitspflicht „abkaufen“.

Dieser Artikel erschien in der Juni-Ausgabe der GÖD-Zeitung und wird auf www.oeli-ug.at (unter „News“) mit freundlicher Genehmigung der Autorin wiedergegeben - auch damit Nichtgewerkschaftsmitglieder unter den LehrerInnen lesen können, dass der gesamten GÖD unsere Arbeitszeitfrage ein Anliegen ist. Zum pdf des Artikels: <http://www.oeli-ug.at/fileadmin/kreidekreisPDF07/goed4.11S28-29.pdf>

Kongress 2011 - Arche Nova Die Bildung kultivieren

Vom 14. bis 16. Oktober 2011 findet der Kongress des ADZ (Archiv der Zukunft – Netzwerk. Die Intelligenz der pädagogischen Praxis) im Bregenzer Festspielhaus statt. Dort sollten wir hin. Unbedingt. Da treffen sich die Schulaufwiegler.

Kurzinfo auf der ADZ Homepage <http://www.adz-netzwerk.de/> bzw. <http://www.adz-netzwerk.de/Kongress-2011-Arche-Nova-Die-Bildung-kultivieren.php>

„Ein guter Lehrer ist ein Trainer“

Rupert Vierlinger im Interview anlässlich seines neuen Buches: „Schulerfahrung&Schulreform. Stationen eines Lehrerlebens“:

www.dioezese-linz.at/redaktion/index.php (Kirchenzeitung der Diözese Linz)

Rupert Vierlinger, Schulerfahrung & Schulreform. Stationen eines Lehrerlebens. 320 Seiten, ISBN 978-3-902330-57-4, 25 Euro
Vorstellung des Buches: <http://www.wagnerverlag.at/content/?cat=8>, Bestellungen an office@wagnerverlag.at

Her mit der nötigen Marie!

(Geld-)Politik und Bildung



Wilfried Mayr
HS-Lehrer, ÖLI-UG – Vorsitzender
mayr@oeli-ug.at

„... You better start swimming or you'll sink like a stone, for the times they are a-changin'“

Diese Zeilen goss Robert Allen Zimmerman Anfang der 60-er Jahre in ein seither weltbekanntes Lied - kürzlich feierte er als Bob Dylan seinen Siebziger, an der angesprochenen Problematik hat sich aber wenig geändert. So wie er in den Frühsechzigern der USA einen gewaltigen Umbruch (Krieg, Bürgerrechtsbewegung, Zerstörungspotentiale) herankommen und die Notwendigkeit von starken Änderungen sah und formulierte, so steht heute die Welt vor nicht geringeren Problemen.

Führten die 70-er Jahre in der westlichen Welt zu etwas mehr Demokratie und vor allem zu einem Bildungsschub, wird seit den 80-er Jahren wieder zurückgerudert. „Geld regiert die Welt“ kann man immer unverfrorener zur Maxime erklären. Ronald Reagan & Co hetzten den autoritären Ostblock per Rüstungsspirale in den Bankrott, der Jubel des Kapitalismus in Form des Neoliberalismus über das Ende des Gegners war aber ein Irrtum. In Wahrheit hatte man nicht gesiegt, man war übergeblieben. Zwanzig Jahre Goldgräberstimmung (Helmut Kohl: „Blühende Landschaften“) und ausschließliche Konzentration auf Profit und „Effizienz“ führten mit ihrer eigenen Logik zum globalen Crash dessen, was für die Hardliner das Goldene Kalb bedeutet, nämlich des Geldes selbst. Anstatt sich das Scheitern dieser Politik einzugestehen, pumpt man auf Kosten der Bevölkerung weiter Milliarden in Systeme, die wenige superreich und die breite Masse immer ärmer machen.

Was hat das mit Bildung zu tun? Jede Menge. Bildung sollte gemeinhin die Gedanken der Aufklärung, die Verständnismöglichkeiten, Erlebniswelten und Verhaltensweisen der Menschen verbessern, zum Nutzen aller. Die neoliberalen Absichten zielen aber nicht auf dieses,

sondern auf möglichst raschen Gewinn – „cash and run“ – und daher auf AUSBildung statt Bildung. Nicht möglichst umfassender Wissens- und Kulturerwerb ist angesagt, sondern in schnellstmöglicher Zeit größtmögliche Verwertbarkeit der Arbeitskräfte. Wozu lange Studierzeiten, wenn man mit bildungspolitischen Crashkursen auf die Schnelle SpezialistInnen ausbilden und nutzen kann? Wozu musische Fächer? Funktionieren sollen die Menschen und nicht zuviel denken.

Die Privatisierungen in Großbritannien e z.B., egal ob im Bildungssystem oder im Eisenbahnwesen, stehen längst als gescheitert da. Es wurde abgezockt und die Qualität vernachlässigt. Profite für Einzelne! – Die Kosten des Irrtums müssen dann von der Allgemeinheit übernommen werden. Trotzdem will man in Österreich diesen Fehler nicht auslassen. Neueste Meldung: Die ÖBB sollen privatisiert werden. Aus welcher Ecke diese Forderung kommt, ist unschwer zu erraten. Ob BUWOG oder Post, keine Erfolgsgeschichten. Julius Meinl und Mirko Kovac waren wirtschaftliche Gallionsfiguren, bis die Früchte ihres Handelns offensichtlich wurden. Will man wirklich nicht dazulernen und warum?

Schulen (ausgenommen exklusive Privatschulen) und Unis sind finanzielle Hungerkünstler geworden. Die an sich zuständigen PolitikerInnen gehen vor dem Diktat des Geldes in die Knie – vor einem Geldsystem, das sich seit längstens 2008 selber ad absurdum führt. Die nötigen Finanzen für ein qualitativvolles Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem wären einfach zu holen aus einem Markt, der ungebändigt wütet und der sich offensichtlich die PolitikerInnen zwecks Steuerfreiheit gekauft hat: dem Finanzmarkt. Für vernünftige Transaktionen würde in Summe das Überweisierungsvolumen von vier Tagen im Jahr reichen, der Rest ist Spekulation (Quelle: attac). Den kleinen BürgerInnen wurde schon ab den 80-er Jahren in Form der Erlagscheinegebühr eine merkbare Transaktionssteuer aufgebremst. Im Bereich derer, die obszöne Einkommen lukrieren und mit ihrer Gier die größte Weltwirtschaftskrise seit den 30-ern verursacht haben, hat der Begriff Transaktionssteuer keinen Platz. Die PolitikerInnen schweigen und machen mit. Die, die uns regieren, sind nicht die, die wir wählen!

Teachers, let's start swimming and not sink like a stone. Zivilcourage und Interessensvertretungen sind jetzt gefordert.

Äußern wir uns, entrüsten wir uns! Der 93-jährige Widerstandskämpfer, Autor und Mitverfasser der UNO-Menschenrechtskonvention Stéphane Hessel ruft in seinem neuen, empfehlenswerten Brevier „Entrüestet euch!“ dazu auf, viel weniger Ressourcen zu produzieren, die den Planeten in Gefahr bringen, sondern viel mehr Ressourcen herzustellen, die den wahren Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Eines der wichtigsten dieser Mittel ist und bleibt Bildung. Lassen wir uns die ewigen Einsparungen und Mängel nicht länger gefallen, äußern wir uns: mit Leserbriefen, Mails und Briefen an Verantwortliche. Äußern wir uns mit unseren Stimmzetteln bei jeder Gelegenheit! Treten wir an die GewerkschaftsführerInnen unübersehbar heran und fordern wir gutes Geld für gute Leistung! Je mehr Druck wir machen, desto weniger leicht fallen sie bei Verhandlungen um. Wir „Schweigende“ mit unserer Bescheidenheit haben seit Jahren Reallohnverluste; bei Integration, Schulentwicklung und Ausstattung wird weiter eingespart – Schluss damit!

Volksbegehren Bildungsinitiative: Sitzenbleiben ist keine Lösung!

„Wir vom Bildungsvolksbegehren begrüßen den Vorschlag Harald Walsers, alle SchülerInnen mit einem Nichtgenügend aufsteigen zu lassen.“ Statt Sitzenbleiben fordert Schilcher Reformen. 40.000 Sitzenbleiber/Jahr sind kein Zeichen guter Schule, sondern Folge schlechten Systems und falscher Einstellung. SchülerInnen wegen einer Schwäche in einem Fach ein Jahr alle Fächer „strafweise“ wiederholen zu lassen, sei demotivierend, teuer und pädagogisch zweifelhaft. „Das gibt es in dieser krassen Form nur noch bei uns. In anderen Ländern sind es maximal einige hundert, die wiederholen.“ Schilcher appelliert an die LehrerInnen und DirektorInnen: „Setzen Sie ein Zeichen für moderne Pädagogik. Wenn Sie die Aufstiegs Klausel großzügig anwenden, ersparen Sie viel Frust und nehmen Druck aus dem System, das ohnedies schon LehrerInnen und SchülerInnen krank macht.“ In Zukunft würde das Sitzenbleiben durch modularen Unterricht und Ganztagschulen ohnehin drastisch reduziert. „Richten wir jetzt schon den Daumen nach oben und geben den Jugendlichen eine Chance. Wir ersparen dadurch ein Jahr und helfen mit, ein leistungs- und lernfreudigeres Schulsystem zu schaffen. www.vbbi.at

AAA wie Gymnasium. Wer Gesamtschule sagt, will B1!

www.quintessenzen.at beendet mit wirtschaftswissenschaftlichem Scharfsinn die österreichische Gesamtschuldebatte!

Die Ratingagentur Moody's hegt große Zweifel an der Bonität von Griechenland, Irland und Portugal. „B1“ steht im Raum, dabei bedeutet schon „Baa3“, wie der Wirtschafts- und Bildungsexperte der AHS-Gewerkschaft Eckehard Quin weiß, „eine Stufe über Ramsch“. Österreich ist zum Glück anders, nämlich „Triple-A-Musterschüler“, und das nicht nur für Moody's, sondern auch für Standard & Poor (S&P)!

Private Rating-Agenturen wurden lange genug als Global Players der Finanzkrise attackiert. Ihr bildungspolitisches Analysepotential wurde unterschätzt. Sie raten nicht nur Spekulationslatten fürs ungebremste Finanzspekulieren hinauf und hinunter, sie liefern den ratlosen PolitikerInnen auch Sachzwänge und betriebswirtschaftliche Prozentzahlen, dass ihnen jedes soziale und demokratische Denken vergeht.

Private Rating-Agenturen begründen nicht nur Bankenpakete und Bankenrettungsschirme zur Vergesellschaftung der Risiken von privaten Großbanken, sie erklären Personalabbau und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, den Ausverkauf öffentlicher Güter, die Anhebung von Massensteuern für ebenso unausweichlich wie den Verzicht auf budgetwirksame Besitz- und Spekulationssteuern: Arbeitslosigkeit, deregulierte Arbeitsverhältnisse, sinkende Realeinkommen für die Vielen, Gewinnausschüttung und Boni für immer weniger, damit denen im Finanzmarktkasino das Spielgeld nicht ausgeht. Damit nicht genug: Moody's und R&S liefern auch die finalen Argumente, mit denen die bildungspolitische Endlosdebatte um die gemeinsame Schule ein für allemal beendet werden kann.

Wenn Bonitätsstufen im Malus versinken, wird „kein vernünftiger Mensch in Österreich auf die Idee kommen, Griechenland, Irland oder Portugal imitieren zu wollen“ - Und jetzt kommt's: „Griechenland, Irland und Portugal haben eine Gesamtschule bis 15 und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. In Österreich gibt es schulische Vielfalt ab 10. Österreichs Jugendarbeitslosigkeit ist unter allen 27 EU-Staaten am niedrigsten.“ Schuppengleich fällt's von den Augen. Quin schütze Österreich, auf dass sich die „GesamtschulfanatikerInnen“ nicht durchsetzen, weil sonst ist Österreichs Bildungswesen nur noch „eine Stufe über Ramsch.“

Moody's Investors Service Ltd

§ 3. Die von Moody's Investors Service Ltd. vergebenen Ratings sind den Bonitätsstufen innerhalb der Forderungsklassen gemäß § 22a Abs. 4 und § 22c Abs. 1 BWG wie folgt zuzuordnen:

1. **Langfristige Ratings** für Forderungen innerhalb der Forderungsklassen gemäß § 22a Abs. 4 BWG:

Bonitätsstufe	1	2	3	4	5	6
Rating	Aaa bis Aa3	A1 bis A3	Baa1 bis Baa3	Ba1 bis Ba3	B1 bis B3	Caal und niedriger

2. **Kurzfristige Ratings** für Forderungen innerhalb der Forderungsklassen gemäß § 22a Abs. 4 BWG:

Bonitätsstufe	1	2	3	4	5	6
Rating	P-1	P-2	P-3	NP	---	---

3. **Kurzfristige Ratings** für Forderungen innerhalb der Forderungsklasse gemäß § 22c Abs. 1 BWG (Kreditrisiko-Standardansatz):

PS: Von gewerkschaftlichen Initiativen für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste hält der freie Finanzmarktexperte Quin eher nichts.

Eine bessere Schule und Kindergärten für alle? Soziale Integration, Lern- und Lebensfreude? Zeit für individuelle Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen? Menschenwürdige Arbeitsbedingungen für LehrerInnen und SchülerInnen, tertiäre Bildung für alle PädagogInnen an Universitäten, die von der öffentlichen Hand mit den dazu notwendigen Forschungs- und Lehr-Kapazitäten auszustatten sind?

Natürlich sind Quin, Pröll und Spindelegger nicht dagegen, aber bevor sie für Bildungsreformen und Bildungsmilliarden aktiv werden könnten oder für ein überparteiliches Bildungsvolksbegehren, müssen wohlvererbte Bildungsbesitzstände abgesichert werden. Dank Moody's und S&P sollten das der Koalitionspartner und die Gesamtschulfanatikerin im BMUKK ein für allemal eingesehen haben.

Für überparteiliche Zusammenarbeit bei der Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen.

fcg.AHS fehlte bei Gesprächen im bmukk. Am 9.6. ging es um die Nebenleistungsverordnung (IT-Betreuung, Abendschule, usw.).

MinR Schmidlechner hatte der AHS-Gewerkschaft drei Termine vorgeschlagen, musste aber den 5 BMHS- und 7 bmukk-VertreterInnen mitteilen, dass die AHS keine Zeit habe. Anscheinend waren der fcg.AHS diese Verhandlungen nicht so wichtig wie ihre regelmäßigen Ausritte in die Partei-Bildungspolitik via Quintessenzen und ÖPU-Rundbriefe. Anders als in der BMHS gibt es auch kein Einbeziehen der Minderheitsfraktionen in die Gewerkschaftsarbeit. Das gilt auch fürs Kollegialorgan ZA AHS. Aber weil es so ist, bleibt es nicht so. Die unterschiedlichen Zugänge von Mehrheits-FCG, ÖLI-UG und FSG sind in der BMHS kein Ärgernis mehr, sondern Diskussionsstoff – und kein Hindernis für überfraktionelle Zusammenarbeit. Wann endlich auch in der AHS?

Bericht vom 17. Landeskongress der GÖD OÖ

Eine neue Kultur miteinander umzugehen? Linz am 31.05. und 01.06.2011



Vor 5 Jahren hat in der GÖD OÖ ein neues Team unter der Leitung von Dr. Peter Csar (ÖVP) die Führung übernommen. Csar wurde von Thomas Wintersberger und mir kontaktiert, woraus sich eine Reihe von Gesprächen ergaben, in denen wir die korrekte Repräsentanz unserer Wahlerfolge in den entsprechenden Gremien und eine korrekte politische Umgangskultur einforderten. In diesen Gesprächen, an denen auch der jetzige Vorsitzende der APS-Gewerkschaft Paul Kimberger und auf unserer Seite auch noch Gary Fuchsbauer und Wilfried Mayr teilnahmen, ist es uns gelungen, Vorbehalte und Missverständnisse auf beiden Seiten auszuräumen, so dass der politische Wille, sich auseinanderzusetzen und sich einander gegenseitig zu erklären, bei aller politischen Differenz anhält.

Voraussetzungen

Die politische Zugangsweise der Einbindung, die Csar verfolgt, traf sich mit der damaligen BMHS-Landeskoalition zwischen ÖLI-UG und FCG, die der UG zum ersten Mal einen Vorsitzenden, und, was wichtiger ist, eine sehr erfolgreiche gemeinsame Tätigkeit der BMHS-Gewerkschaft in OÖ ermöglichte. Vor dem Hintergrund dieser konstruktiven und Vertrauen schaffenden Arbeit und der vieles aufbrechenden BAWAG- und ÖGB-Krise ging die FCG OÖ einen eigenen Weg gegen Widerstände der GÖD-Zentrale, durchaus auch mit internen Widerständen.

Das zum Hintergrundverständnis aus meiner Sicht.

Was zählt? Zählt es auch?

Gebraucht hat das uns, der ÖLI-UG, eine zahlreichere Vertretung in den Gremien, insbesondere auch einen Vorstandssitz im Landesvorstand der GÖD OÖ, den Thomas Wintersberger nun für uns 2011-2016 wahrnimmt. In meiner Sicht und nach den Berichten der Kol-

legInnen aus APS und AHS haben wir zwar in der BMHS, in der auch nicht alles Liebe und Grißschmarrn ist, die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung bei allen Fraktionen, diese Bereitschaft zur ernsthaften inhaltlichen Diskussion haben wir aber in APS und AHS (noch?) nicht erreicht, leider auch nicht in Gremien wie dem Erweiterten Landesvorstand oder der ARGE LehrerInnen OÖ. Und bei Berufsschul- und LandwirtschaftslehrerInnen haben wir bisher keine UG-Gruppen in OÖ. Auch die Anerkennung als Fraktion haben wir als Unabhängige GewerkschafterInnen, UG, mit der Zusammenarbeit bisher nicht erreicht. Geradezu bedauernd versicherten uns hier diverse FCGler/ÖAABler, dass ihnen die geltende Wahlordnung das leider nicht erlaube.

Was bringt uns die Anerkennung als Fraktion überhaupt? Wer kann sich nicht erinnern an das unappetitliche Triumphgeheul der in der GÖD-Zentrale anwesenden FCGler nach der letzten PV-Wahl, nicht bloß erfreut über den eigenen Wahlerfolg, sondern auch über eine durch ihre eigenen Rechenkünste vorerst erzeugte und an die Medien gemeldete „Niederlage“ der UG. Gelungen war ihnen das für die Dauer des Wahlabends durch Nichtberücksichtigen vieler Gruppierungen, die klar und unmissverständlich für die Unabhängigen kandidierten. Ein paar Tage später war klar, dass wir unser Ergebnis im wesentlichen gehalten hatten. Wären wir offiziell anerkannte Fraktion, wäre solchen „Kunststücken“ ein Riegel vorgeschoben.

Ein neues Kleid für alte Inhalte?

In der abgelaufenen Periode hat die göd oö ihren Internetauftritt und ihre Zeitschrift, Info- und Werbebroschüren überarbeitet und ihnen ein neues Gesicht gegeben und eine eigene Imagekampagne für den öffentlichen Dienst geführt.

An der konkreten Umsetzung kann man Kritik üben, was ich auch tue und tat, was aber der grundsätzlichere Fehler schwarzer PR- und Organisationspolitik ist, ist die Dominanz der Serviceorientierung und die „Wir machen für euch Politik“-Haltung. Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und Stärkung des Arbeitnehmerbewusstseins kommen hier nicht vor.

Bekennende Massen oder tönerner Riese?

Vom Gastredner Fritz Neugebauer, Langzeitvorsitzender der GÖD, gabs Lob für diese Öffentlichkeitsarbeit und Art, die Mitglieder zu betreuen, die zu

leicht steigenden Mitgliederzahlen führte. Csar versicherte Neugebauer der Unterstützung der 34.000 GÖD-Mitglieder aus OÖ. Neugebauer sprach von 230.000 „bekennenden“ GÖD-Mitgliedern in Österreich und davon, dass „Sachfragen auch Machtfragen“ seien, wobei man ihm nur zustimmen kann, nicht allerdings in seiner Verwechslung von „Beitrag zahlenden“ Mitgliedern mit „bekennenden“. Meines Erachtens gehört „bekennend“ auch in einen anderen kulturellen Kontext, er meint aber offensichtlich die Machtbasis der Mitgliederzahl. bezüglich der Mobilisierungsbereitschaft könnte er sich aber sehr irren, falls es je in den Überlegungen der GÖD auftauchen sollte, dem Dienstgeber anlässlich einer konkreten Auseinandersetzung die rote Karte zeigen zu wollen.

Programmatischer Aufbruch oder doch nur Aufbruch ins Programmatische?

Das „befürchte“ ich aber weniger, wenn ich mir den Leitantrag und die programmatischen Erklärungen für die Arbeit der GÖD OÖ ansehen, wie sie am Landeskongress präsentiert wurden.

Ohne hier auf diese in allen Einzelheiten eingehen zu wollen, möchte ich einen zentralen inhaltlichen Punkt hervorheben: die GÖD OÖ lässt sich die budgetären Notwendigkeiten der öffentlichen Haushalte einleuchten und ist bereit, die daraus resultierenden „Reformen“ mitzutragen, vorausgesetzt sie wird hier mit eingebunden. An anderer Stelle nennen sie das auch schon einmal gerne: „das Schlimmste verhindern“, was leider voraussetzt, das „Schlimme“ zu akzeptieren, das Grundproblem konservativer Gewerkschaftspolitik!

Neben diesem Punkt enthält das Grundsatzprogramm der GÖD OÖ auch viele richtige Punkte (zB das Schließen von Steuerschlupflöchern und Eintreiben von Steuerschulden der Unternehmen), die insbesondere die gesellschaftliche Rolle der öffentlichen Dienstleistungen betonen und die Notwendigkeit einer Aufgabenkritik sowie daraus sich ergebende Forderungen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Bereich.

Ein Professor – also „Bekannter“ – ohne Fehl, aber mit Tadel?

Als Hauptredner war der Linzer Volkswirtschaftsprofessor Friedrich Schneider – als solcher selber ein öffentlich Bediensteter – eingeladen, der ein allgemeines Referat darüber hielt, wie es um den öffentlichen Dienst heute und in 20 Jahren bestellt ist / sein soll. Ne-

Bundeskonzferenz der GÖD akzeptiert restriktives Finanzrahmengesetz und fordert rasche Verhandlungen „offener Themen“!

ben Allgemeinplätzen und abstrakten Anmerkungen zur volkswirtschaftlichen Rolle des öffentlichen Dienstes (im Wesentlichen betonte er die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für den Erfolg einer Volkswirtschaft, gerade auch in Zeiten der Krise, nicht ohne gleichzeitig einer ständigen Anpassung und Unterordnung der öffentlichen Infrastruktur an/unter die Wirtschaft das Wort zu reden) verstieg er sich – übrigens in trauter Eintracht mit dem Programm der GÖD OÖ – dazu, ausgerechnet die Schule als Exempel für Subsidiarität, d.h. Ressourcenautonomie anzuführen. Ich kritisierte das in meiner Wortmeldung, weil die Leiterfunktion als vordemokratische Funktion nicht auch noch mit Budgethoheit nebst der auch noch geforderten „Personalhoheit“ versehen werden darf.

Im übrigen ist es schon erstaunlich, wie wenig selbstbewusst nach dieser enormen Krise des Finanzsektors der öffentliche Dienst sich schon wieder präsentiert und darum bittet, bitteschön, nicht nur als Kostenfaktor, sondern doch auch als wichtiger Leistungserbringer gelten zu dürfen.

Am Anfang einer Diskussion!

Mit den programmatischen Erklärungen, die ich hier nur in zwei Punkten kurz kritisierte, sollten wir uns allgemein genauer auseinandersetzen, da wir hier den seltenen Glücksfall einer GÖD-Teilorganisation vor uns haben, die überhaupt solche Überlegungen entwickelte und auch eine, die allem Anschein nach eine bedeutendere Rolle auf Bundesebene für sich beansprucht.

Bleiben wir also im Gespräch.

Ralf Wimmer
wimmer@oeli-ug.at

Breiter Protest gegen Stundenkürzungen in Integrationsschulen

Salzburg: Die Eltern werfen LH Burgstaller vor, für 2011/2012 zwar sieben weitere Integrationsklassen einzurichten, aber gleichzeitig nicht genügend Geld für zusätzliche Lehrerstunden bereitzustellen: „Die gleichen Ressourcen werden auf immer mehr Empfänger verteilt.“ Es verlieren nicht nur Kinder mit Förderbedarf, sondern auch jene ohne. In Klassen mit 22 Kindern, davon bis zu acht mit Handicaps stünde dann in manchen Unterrichtsstunden nur mehr eine Lehrperson. „Und was, wenn ein behindertes Kind auf die Toilette müsse? Bleiben dann die anderen allein in der Klasse?“ Seit 2007 wird in Ö mit 2,7% Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gerechnet. Real sind es aber 3,4%. Bitte weiterlesen in: <http://derstandard.at/1304552755199/Elternaufstand-gegen-Burgstaller>

Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste und Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens bleibt bis auf weiteres Minderheitenprogramm der UG

Soziales Konjunkturpaket und Bildungsvolksbegehren nicht in GÖD-Resolution - Presseaussendung vom 24.05.2011

„Die GÖD stellt fest: zentrale politische Zusagen wurden nicht eingehalten. Dieses einseitige Abgehen von Zusagen widerspricht den sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten und wird von der GÖD nicht akzeptiert. Die GÖD fordert daher ehestens Verhandlungen zu den offenen Themen anzuberaumen!“ (Resumée der GÖD-Resolution vom 23.5.2011) - Den Unabhängigen GewerkschafterInnen war das zu wenig. Sie wollten eine offensive Resolution und gewerkschaftliche Aktivitäten der GÖD gegen geplante weitere Einsparungen auf Kosten der öffentlich Bediensteten und für Reformen zur Verbesserung der öffentlichen Dienste.

Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst verhandeln!

Im vor kurzem beschlossenen restriktiven Finanzrahmengesetz sind Mittel zur Überwindung des Reformstaus und der Mangelbewirtschaftung (nicht nur im Universitäts- und Justizbereich) nicht vorgesehen. Für die Verbesserungen der Arbeitsbedingung, für ein neues Dienst- und Besoldungsrechts, für die Anstellung von zusätzlichem Personal notwendige Mittel fehlen. Deshalb und weil die Ressort-Budgetverhandlungen im Herbst nur eine Umverteilung des grundlegenden Mangels bringen können, forderten die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD von „ihrer“ Gewerkschaft Aktivitäten für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste, ähnlich dem Bankrettungspaket.

Bildungsvolksbegehren unterstützen!

Die UG hat den KollegInnen von FCG und FSG eine Initiative der GÖD für Verhandlungen der Sozialpartner ÖGB, AK, BWK, IV, LWK mit der Bundesregierung vorgeschlagen, Thema: die Finanzierung dieses Konjunkturpaketes. Zweiter Vorschlag: aktive Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens mit seiner Forderung nach Ausbau und Ausfinanzierung des öffentlichen Bildungswesens, von Kindergarten, Schule, Wissen-

schaft, Forschung und Lehre. Mit diesen Vorschlägen wollte die UGÖD erreichen, dass die GÖD dem „Diktat der leeren Staatskasse“ gemeinsames gewerkschaftliches Handeln entgegengesetzt.

Weder FCG-Mehrheit noch FSG haben dazu Stellung genommen, beide Fraktionen waren sich einig in der Ablehnung der Vorschläge. Lediglich die Detailforderung nach raschen Kollektivvertragsverhandlungen für die KollegInnen der ausgegliederten Bundesmuseen und der Nationalbibliothek kommt als „offenes Thema“ in der Resolution vor. Ultima ratio der GÖD blieb einmal mehr die Forderung nach „ehesten Verhandlungen zu offenen Themen“. Sie wurde mit den Stimmen der FCG + FSG-Delegierten angenommen.

Join the Union – Change the Union!

Die UGÖD sieht sich als Gewerkschaftsfraktion, der es nicht genügt, „die Politik“ und das „Diktat der leeren Kassen“ zu beklagen und gleichzeitig das Finanzrahmengesetz der SPÖ-ÖVP-Regierung fatalistisch hinzunehmen. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen arbeiten aktiv für die ArbeitnehmerInnen-Interessen ihrer KollegInnen und für eine GÖD, die das Reformverhinderer- und Betonierer-Image ablegt und in aller Öffentlichkeit als eine für die Interessen der öffentlich Bediensteten und Ausgegliederten offensive, kreative ÖGB-Gewerkschaft wahrgenommen werden kann, die auch die Interessen der Bevölkerung und aller ArbeitnehmerInnen an effizienten, demokratischen und sozial integrativen öffentlichen Diensten berücksichtigt.

UGÖD, 23.5.2011
Rückfragen: Reinhart Sellner,
0676 3437521,
sellner@oeli-ug.at, www.ugoed.at

In www.oeli-ug.at (News) findet sich im Anhang an diese Meldung die Resolution der GÖD-Bundeskonzferenz vom 23. Mai 2011

Wollen Sie besser informiert sein? Besuchen Sie uns auf

[www.oeli-ug.at!](http://www.oeli-ug.at)

in Gewerkschaftsvorstände gewählt

**Mitglied der
EBL-APS:**



Karl Pötz,
HS Stubenberg,
poetz@oeli-ug.at,
EBL, LL, DA u. GBA
Hartberg

**Leitungsmitglied der
BMHS-Gewerkschaft:**



Christine Mössler,
HLW Graz,
moessler@oeli-ug.at,
BL, FA

**Leitungsmitglied der
BMHS-Gewerkschaft:**



Harald Satttek,
HTL Wien 3,
satttek@oeli-ug.at,
BL, FA

**Mitglied der
EBL-BMHS:**



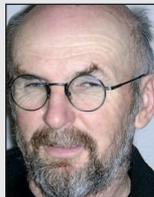
Othmar Zendron,
HAK Wien 8,
zendron@oeli-ug.at,
EBL

**Mitglied der
EBL-BMHS:**



Josef Lemberger,
HTL Salzburg,
lemberger@oeli-ug.at,
EBL, LL

**Stv. Vors. der HAK-
Bundesfachgruppe:**



Karl Ablinger,
HLW/HAK Kirchdorf,
ablinger@oeli-ug.at,
BFG, LL

**Leitungsmitglied HAK-
Bundesfachgruppe:**



Toni Leitner,
HAK Hall,
leitner@oeli-ug.at,
BFG, FA

**Leitungsmitglied der
AHS-Gewerkschaft:**



Reinhart Sellner,
BRG Wien 18,
sellner@oeli-ug.at,
BL, ZA

**Leitungsmitglied der
AHS-Gewerkschaft:**



Christian Schwaiger,
BRG in der Au Ibk,
schwaiger@oeli-ug.at,
BL, FA

**Mitglied der
EBL-AHS:**



Mirjam Schönlaub,
BORG Klagenfurt,
schoenlaub@oeli-ug.at,
EBL, FA

**Mitglied der
EBL-AHS:**



Gerhard Pušnik,
BORG Feldkirch,
pusnik@oeli-ug.at,
EBL, FA-Vorsitzender

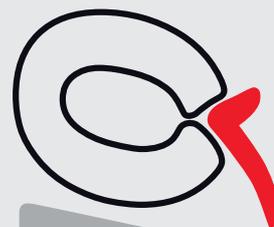
**ÖLI-UG-Berufsschul-
kontaktperson:**



Dietmar Mühl
d.muehl@oeli-ug.at
DA2 BS-Wien

Alle unsere MandatarInnen freuen sich über eure Anregungen, sei es für ihre Gewerkschafts- oder Personalvertretungsfunktionen! (ZA = Zentralkomitee, FA = Fachausschuss, DA = Dienststellenausschuss, LL = Landesleitung).

Weitere Infos siehe unter www.oeli-ug.at, in „Wir über uns“.


ÖLI-UG

Projekt: eeducation - Facebook & Co.

Moderner Unterricht in der HAK – Mehrwert garantiert.



Manfred Sparr
HAK Bregenz
FA-Vorsitzender
sparr@oeli-ug.at

Die zentrale Aufgabe der Schule ist es, den SchülerInnen Kompetenzen zu vermitteln, die sie für sich vorteilhaft nutzen können und die von ihnen tagtäglich im Beruf und im Privatleben erwartet werden.

Das erfordert auch die kontinuierliche Anpassung des Kompetenzspektrums an die aktuellen und zu erwartenden zukünftigen technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, im Besonderen die sogenannten globalen Basisinnovationen, wie vor dreißig Jahren die Computertechnologie und aktuell die sozialen Netzwerke – Web 2.0, Facebook und Co. Stellt heute wohl niemand mehr die Bedeutung der Lese-, Rechen-, Schreib- und IT-Kompetenz infrage, ist die große Bedeutung der Web 2.0-Kompetenz noch nicht in das kollektive Bewusstsein vorgedrungen, obwohl Facebook, Twitter, YouTube usw. heute für viele Menschen wichtige Kommunikations- und Informationsinstrumente sind. Tendenz stark steigend.

Das System richtig nutzen oder vom System benutzt werden!

Technisch ist die Verwendung der neuen Medien für junge Menschen relativ einfach, der verantwortungsvolle und effektive Umgang in dieser modernen Kommunikationswelt erfordert aber entsprechendes Wissen und Lebenserfahrung.

Zuständig für die Vermittlung dieser Fähigkeiten ist der Bildungsbereich. Ein wenig Web-Anwendung im Unterricht wird dem Problemkreis der dafür erforderlichen Kompetenzen, wie Web-Selektivität, Web-Identitätsmanagement, Netzwerkkompetenz und Web-Kommunikationskompetenz nicht annähernd gerecht.

Unmissverständlich stellt Prof. Nassehi, Professor für Soziologie an der Uni München, in seinem Vortrag im Rahmen



des Feldkircher Neujahrespfanges 2011 fest: „Dass es heute in den Schulen kein Hauptfach Web 2.0-Verwendung gibt, ist ein Skandal“. Weil die Web 2.0-Nutzung eine neue Kompetenz ist, die keine bisherige Kompetenz kompensiert, müsste in den Schulen ein zusätzliches neues Unterrichtsfach eingeführt werden.

Die aktuelle bildungs- und finanzpolitische Realität gibt uns wenig Anlass zu glauben, dass Nassehis Forderung in den nächsten Jahren umgesetzt wird. Der Ball liegt bei der Schule. Wie schafft sie den Spagat mit den knappen finanziellen Ressourcen und ohne die bestehenden Angebote zu reduzieren, diese zusätzliche Aufgabe zufriedenstellend zu erledigen?

Lösungsansatz: Projekt eeducation

Facebook als wesentliches Kommunikationsinstrument der Schule. Eine ausführliche Beschreibung des Unterrichtsprojektes ist als Download (pdf.) auf: <http://hakschnitzel.jimdo.com/jahresbericht/>

Kurze Projektbeschreibung:

Der Projektstart erfolgte im November 2010 in allen Klassen und Gruppen die ich unterrichte. Das zentrale und einzige elektronische Kommunikationsnetz ist Facebook. Dafür wurde für jede Klasse eine eigene „geschlossene“ Facebook-Gruppe eingerichtet. Ich bin mit keinem/keiner Schüler/in im Facebook „befreundet“. Eine eigene Homepage (<http://hakschnitzel.jimdo.com/>) ist die zentrale Internetplattform für Unterrichts- und Arbeitsunterlagen und zusammen mit der eigenen Facebook-Seite (ÖSQM www.facebook.com/pages/%C3%96SQM/173658146011155) erfolgt die Selbstpräsentation des Unterrichtes im Netz.

Zwischenergebnis – erste Analysen – ein Erfolgsbericht:

Mehrwert: Facebook-Gruppenmitglieder sind früher informiert.

Von den Schüler/innen wird Facebook als Kommunikationsinstrument gerne benutzt, vor allem, wenn die Informationen inhaltlich professionell, aktuell und interessant sind. Für die SchülerInnen ist die Nutzung eines Mediums sinnvoll, wenn sie dadurch einfach und schnell, besser und früher zu interessanten Informationen kommen als die Menschen in ihrem Umfeld.

Der Unterricht bekommt dadurch eine neue Qualität. Um diesen News-Wert konstant aufrecht zu erhalten, muss die Lehrperson gezielte „stimulierende“ Impulse setzen. Den Hauptteil übernehmen dann die Schüler/innen.

Mehrwert: Nachhaltiger Unterrichtsertrag

Eine gute Motivationsbasis kann entstehen, wenn die SchülerInnen den Unterricht aktiv mitgestalten und wichtige, interessante Informationen einbringen können. Intrinsische Motivation kann aber in den meisten Fällen nur erreicht werden, wenn die Mitgestaltung effektiv, also ohne subjektiv als übermäßig empfundenen Ressourceneinsatz, und wirkungsvoll, also subjektiv positiv spürbar ist.

Das Einbringen der Informationen sollte aktuell ohne – subjektiv empfundene – Verzögerung möglich sein und entsprechende Reaktionen und Wertschätzung hervorrufen. Facebook unterstützt genau diese Schlüsselkriterien. Die Rückmeldungen im Rahmen der Unterrichtsevaluation bestätigen meine diesbezüglichen Erfahrungen.

Mehrwert: Zusätzliche Kommunikationslinie auf der professionellen Ebene

Das Web 2.0 schafft – wie einst das Handy – neue Kommunikationsstrukturen, ohne die bisherigen einzuschränken. Meine Erfahrungen im Rahmen dieses Projektes haben gezeigt, dass, wie im privaten, auch im beruflichen/schulischen Bereich das Kommunikationsspektrum quantitativ und qualitativ spürbar erweitert wird.

Die Schüler/innen zeigen in der bisherigen Projektphase beeindruckend, dass sie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten nicht nur privat sondern auch professionell für die Schule nützen können. Kurz gesagt: Es dürfen, können, sollen im Facebook gruppenintern auch Dinge gesagt werden, die im „normalen“ Unterrichtsgeschehen aus vielfältigen Gründen keinen Platz finden.

Eine neue professionelle Beziehungsebene zwischen den Gruppenmitgliedern inklusive der Lehrperson entsteht. Der Unterricht, die Schule wird „persönlicher“, ohne die Privatsphäre zu berühren.

Das gibt dem Unterricht eine neue Qualität, die motiviert und die Identifikation mit der Schule stärkt. So schreibt etwa eine Schülerin (siehe Bildschirmfoto):

„cool, dass wir das auch alle lesen können! :) mir wird öko wirklich fehlen...! bestes fach, das ich je hatte!“

Hätte sie das im Unterricht vor den Mitschüler/innen auch gesagt? Wohl kaum. Im Facebook ist das ok.

Links:

Download der Rede:

<http://www.feldkirch.at/stadt/archiv/jaenner-2011/feldkircher-neujahrsempfangstand-im-zeichen-der-neuen-medien>
<http://hakschnitzel.jimdo.com/klassenportal/aul2/lebensmittelindustrie/>
<http://hakschnitzel.jimdo.com/jahresbericht>

„Kinder gehen gern in den Kindergarten/VS. Wann wird ihnen die Begeisterung ausgetrieben?“

Wohl dort, wo die Bildung von der Schule an die Familie zurückgegeben wird: Wo die Mutter heimkommt und fragt, hast du die HÜ schon gemacht, wo ist die Schularbeit, hast sie schon verbessert, wann ist der nächste Test? Dann mischt sich der Vater ein, die Mutter verteidigt das Kind und die Eltern fangen zu streiten an.“

Hannes Androsch in der Diskussion mit Liessmann, Resetarits, Schrodtr am 09.06.2011 in Wien 5.

Bildung darf kein Erbgut sein!

ÖGB fordert gerechtere Chancen für Bildungserwerb

ÖGB will Schulen, die fördern statt zu selektieren und bessere Arbeitsbedingungen für LehrerInnen.

ÖGB-Oberhauser: Neue Analyse bestätigt Forderung nach gerechterer Chancenverteilung

„Bildung darf kein Erbgut sein“, fordert ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. Dass Bildungswege nach wie vor von Ausbildung und Einkommen der Eltern abhängen, sei nichts Neues, werde aber nun durch eine weitere Analyse untermauert. „Der ÖGB tritt vehement dafür ein, dass Bildung auch für Arbeiterkinder weiter geht als nur bis zum Hauptschulabschluss. Wir fordern faire Verteilung der Bildungschancen, die Devise lautet Fördern statt Selektieren. Wir müssen Defizite ausgleichen, Begabungen fördern statt Fehler abstrafen, verstärkt im Rahmen von ganztägigen Schulformen Förderunterricht anbieten sowie die Bildungsweg- und Berufsberatung ausbauen.“

Ungerechte Bildungschancen sind eine eigentlich nicht leistbare Ressourcenvergeudung, unter der Wirtschaft und Gesellschaft leiden, da Neigungen und Talente nicht ausgeschöpft werden. „Deshalb ist es überfällig, dass die Entscheidung über den Bildungsweg eines Kindes nicht bereits im Alter von zehn Jahren, sondern erst mit 14 oder 15 getroffen wird“, fordert Oberhauser. Eine Bildungsreform braucht aber auch eine Ausbildungsreform sowie bessere Arbeitsbedingungen für die LehrerInnen.

Um die soziale Durchmischung im Bereich der tertiären Bildung zu heben, fordert die ÖGB-Vizepräsidentin spezielle Studienangebote für Berufstätige, außerdem Blockveranstaltungen sowie Institute und Bibliotheken, die auch am Abend und am Wochenende offen haben. Oberhauser: „Das Budget für die Hochschulen muss sicherstellen, dass alle Studierenden ihr Wunschstudium beginnen können. Zusätzliche Barrieren wie Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen sind hingegen der falsche Weg.“

BILDUNG GEHT WEITER

Der ÖGB fordert:

Fördern statt selektieren

- Chancengerechtigkeit: Bildungswegentscheidung mit 14 statt schon mit 10 Jahren
- Defizite ausgleichen, Begabungen fördern statt Fehler abstrafen
- Mädchen im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich besonders fördern

Investieren statt sparen

- Kleinere Klassen, kleinere Gruppen
- Ganztagschulen und Tagesbetreuung statt teurer Nachhilfe
- LehrerInnen

Qualität und Quantität

- Mehr politische Bildung
- Mehr Fremdsprachen
- Mehr Berufsschulstage

Absolventen statt drop-outs

- Ausführliche Berufsinformation ab der 6. Schulstufe
- Verpflichtendes Ausbildungsjahr für alle, die mit 15 noch nicht wissen wohin
- Berufsschule als Ort d. Weiterbildung

Arbeiten und studieren

- Eigens für Berufstätige konzipiertes Studienangebot in wichtigen Fächern
- Unis, Vorlesungen, Bibliotheken und Institute auch am Abend öffnen
- Keine Studiengebühren, keine Zugangsbeschränkungen

www.bildunggehtweiter.at/bildung_geht_weiter.php

Liebe KollegInnen!

Werbung

Als ehemalige Lehrerin bitte ich euch KreidekreislehrerInnen um Weitergabe dieses Angebots an eure nächstjährigen MaturantInnen. Ich lebe nun seit einiger Zeit jeweils einen Teil jeden Jahres in Tansania, habe dort diverse Projekte (mit Frauen, mit Bauern, Schule) initiiert und biete auch Unterstützung bei Reisen an.

Maturareise - auf nach Tansania!

Unbeschreiblich schöne Landschaften und unvergessliche Erlebnisse mit Menschen und Tieren im Land der Massais warten auf dich. Reisen durchs Land – von den Bergen zum Strand, schwimmen mit den Delphinen und Zeit zum chillen, afrikanisch kochen, mit den Gewürzen von der Insel Zanzibar, und vieles „Meer“, wenn ihr euch einlässt auf eine ungewöhnlich erlebnisreiche und spannende Zeit in Tansania/Zanzibar

Termin n. Vereinbarung, Dauer 3 Wochen, Info: Maria Hageneder, balalu@gmx.at

Kosten all incl. (Visum, Accommodation, Essen, Transfers, homöopathischer Schutz....) je nach Größe der Gruppe zw. 1400,- und 1200,- Euro (Flug und Getränke extra).

Wenn Sie als LehrerInnen Interesse an einer Zusammenarbeit bei Projekten in Tansania haben freue ich mich sehr!

Welche Bildungs- und Schulreform braucht Österreich wirklich?

Gastkommentar eines seit dem Vorjahr im Unruhestand befindlichen AHS-Professors für Deutsch, Geschichte und Politische Bildung in Linz



Prof. Dr. Anton Brandner

„Bildung ist ein schönes Ideal – aber kein Ideal unserer Gesellschaft“, schrieb jüngst Robert Menasse.

In der öffentlichen Diskussion wird geflissentlich verschwiegen, dass die Grundstruktur des österreichischen Bildungssystems noch immer aus dem 19. Jh. stammt und nach wie vor ständischen Charakter hat, was zur Folge hat, dass der Bildungsgrad der Kinder in der Regel von Generation zu Generation weitervererbt wird. Akademiker hat Kind, das wieder Akademiker wird. Arbeiter hat Kind, das wieder Arbeiter wird. Dies zeigen die österreichischen Bildungsstatistiken.

In Österreich wird derzeit die wichtigste Selektion der Bildungslaufbahn noch immer am Ende der Volksschule vorgenommen, wo die Kinder selber noch nicht entscheiden können, welche Bildungslaufbahn sie einschlagen sollen, sondern wo dies eben die Eltern entscheiden und wo somit das Erbmotiv schlagend wird. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung „Soziale Gerechtigkeit in der OECD“ reiht Österreich beim gerechten Zugang zur Bildung unter 31 OECD-Staaten nur auf Platz 24.

Die Kehrseite dieser auf sehr frühe Selektion der Jugend ausgerichteten Bildungspolitik ist der wachsende Bildungsnotstand der unteren 50% unserer Bevölkerung und der MigrantInnenkinder. Egal ob Sprachkenntnisse, Wirtschaftswissen, Berufswissen oder politische Bildung – es mangelt an allem, und das angesichts einer rasch zusammenwachsenden Welt voller Probleme, deren Lösung vor allem Bildung voraussetzt.

Die österreichische Regierung hat das „Jahr der Bildung 2011“ ausgerufen. – Aber die von der SPÖ versprochene Schulreform kommt und kommt nicht. Statt „Reform“ ist ja seit 20 Jahren nur mehr „Sparen“ angesagt – ausgenommen bei der Banken-, Bauern- und Exportstützung. Die neoliberale EU-Fiskalpolitik (Defizitverbot) und der davon ausgehende Sparzwang gestatten keinen finanziellen Spielraum für qualitative Verbesserungen im Bildungs- und Sozialbereich. Unter Berufung auf die ausgabenseitigen Sparzwänge werden die öffentlichen Bildungssysteme seit zwei Jahrzehnten permanent unterfinanziert und ausgehungert.

Unter „Reform“ verstehen die Neoliberalen „Sparen“ beim Staat und seiner Verwaltung und die Durchsetzung von ordnungspolitischen Maßnahmen zur Anpassung des Bildungssystems an die „Wettbewerbsgesetze des Marktes“.

Die Lissabon-Strategie der EU aus dem Jahr 2000 verfolgte das Ziel, den „Wettbewerb“ auch in die Schulen zu tragen, um die EU bis 2010 (!) zur „wettbewerbsfähigsten Wirtschaft der Welt“ zu machen.

Die Kombination von neoliberaler EU-Fiskal- und EU-Wettbewerbspolitik hat mittlerweile zu einem quantitativen und qualitativen Rückbau der europäischen Bildungssysteme geführt. Ob an den Unis oder an den höheren Schulen: Überall in der EU bemerkt man latente öffentliche Unterfinanzierung, Zugangsbeschränkung und pseudopädagogisch argumentierte Übertragung betriebswirtschaftlicher Strategien, Methoden und Termini auf das Bildungssystem mit dem Ziel, den Bildungssektor der finanziellen und organisatorischen Kontrolle der Wirtschaft zu unterwerfen, für marktgerechte Wissensinhalte und eine „arbeitsmarktgerechte“ Selektion zu sorgen.

Frau BM Dr. Schmied kann daher ihre am Sozialstaat orientierten Schulreformvorhaben (Ausbau der Vorschulziehung und der Ganztagschule, Gesamtschule) mangels an Geld gar nicht umsetzen.

Die von der Öffentlichkeit zu Recht erwartete hinreichende Finanzierung des Bildungssystems sowie der Bildungsreformen scheitert am Widerstand der hiesigen Reformgegner, unterstützt von der fundamentalistisch-restriktiven EU-

Fiskalpolitik (Maastricht 1991).

„Uni brennt!“, riefen die österreichischen StudentInnen vor zwei Jahren. Als Ausweg aus dem selbst herbeigeführten Chaos lässt die EU die Zugangsbeschränkung zu den höheren Schulen und den Universitäten zu. Immer mehr Selektionshürden in Form von Aufnahme- und Zwischenprüfungen sollen den „Massenansturm“ auf die AHS und auf die Universitäten eindämmen helfen. Oder die EU schlägt vor, die öffentliche Finanzierung des Bildungssystems allmählich durch private Finanzierungsquellen (Drittmittel, Studiengebühren) zu ersetzen. Arme öffentliche Schulen sollen durch reiche Privatschulen ergänzt werden.

Das Einkommen der Eltern soll anscheinend fortan den Bildungsgrad der Kinder bestimmen.

Der wirtschaftsliberale Traum vom „schlanken“ Minimalstaat mit einem elitären Bildungssystem, basierend auf öffentlicher Armut und privatem Reichtum, steht im diametralen Gegensatz zum egalitär-demokratischen Bildungssystem des europäischen Sozialstaats.

Mittlerweile organisiert sich die Zivilgesellschaft in Österreich – jenseits der von den Neoliberalen beherrschten staatlichen Institutionen und Parteien – und fordert ein modernes, weltoffenes, demokratisches Bildungssystem für Österreich. Eine zukunftsweisende Schul- und Bildungsreform kann sich ja nicht darin erschöpfen, überkommene elitären Strukturen zu konservieren, die gestiegenen Bildungsansprüche durch ständig neue Prüfungen und Auslesemechanismen abzuwehren, die Bildung im Sinne des Marktes zu standardisieren und insgesamt der Selektion den Vorrang vor der Qualifikation zu geben. Die neoliberale Bildungsreform, welche Bildung unter dem Titel der Erziehung zum „Wettbewerb“ letztlich der Gewinn gier der Marktradikalen opfert, wird letztlich genauso scheitern wie die Lissabon-Strategie der EU ökonomisch schon gescheitert ist. Es muss vielmehr das Bildungsniveau der gesamten (!) Bevölkerung wesentlich angehoben werden! Das Bildungsvolksbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben!“ fordert Hochschulqualifikationen für 40% eines Jahrgangs bis zum Jahr 2020.

Angesichts solcher Aufgaben zeigt sich, wie abwegig die momentan auf österreichischer und europäischer Ebene betriebene Fiskal- und Bildungspolitik ist.

Das Dorf der Zukunft

Im kalabrischen Riace finden Flüchtlinge Heimat

Riace in Kalabrien geht einen anderen Weg als das restliche Europa. Während Kriegsschiffe im Mittelmeer patrouillieren, Zäune gegen Flüchtlinge aus Afrika am Mittelmeer hochgezogen werden und die Politik Immigranten als Feindbild Nummer eins entdeckt, hat der Bürgermeister von Riace, Domenico Lucano, sein Dorf zur Heimat der Flüchtlinge erklärt.

Riace ist ein kleines Dorf am untersten Ende von Italien. Hier wohnten einmal 3000 Menschen. Gut die Hälfte von ihnen ist weg, hat Arbeit gesucht im reichen Norden. Ihre Häuser stehen leer. Zurück blieben die Alten. Doch seit einiger Zeit hört man wieder Kinderstimmen. Sie kommen aus dem Palazzo Pinarro, dem Sitz des Bürgermeisters. Die Lehrerin Cosemina Ierino gibt Italienischunterricht. Die Kinder sind Flüchtlinge aus dem Irak. „Es ist toll, mit ihnen zu arbeiten“, sagt die Professoressa. „Ich baue eine Beziehung auf zu Menschen, die aus völlig anderen Kulturen kommen. Zwar unterrichte ich sie, aber sie bringen mir auch viel Neues bei.“

„Eine Art Berufung“

Jahrelang lebten sie in Flüchtlingslagern und sind hier in Italien zum ersten Mal in eine richtige Schule gegangen. Domenico Lucano, der Bürgermeister, hat die Kinder und ihre Eltern nach Riace geholt. Sein Büro ist alles zugleich: Hier gibt es eine Internetverbindung in die Heimat und Menschen, die den Flüchtlingen zuhören. Die Tür des Bürgermeisters steht immer offen.

Alles begann, als im Jahr 2000 kurdische Flüchtlinge in Riace strandeten. „Sie landeten mit ihrem Boot direkt an unserem Strand“, erinnert sich Lucano. „Ich stand zufällig dort und spürte eine Art Berufung. Denn unsere Dörfer sind alle Orte der Emigration. Sie werden eher verlassen, als dass jemand Neues kommt. Hier im kalabrischen Hinterland kennen wir die Geschichte der Auswanderung in alle Welt sehr gut. Doch mit den Flüchtlingen ist unser Dorf zum ersten Mal wieder ein Ort der Hoffnung und Ankunft geworden.“

Domenico Lucano gründete einen Verein und nannte ihn „Città Futura“, Stadt der Zukunft. Mittlerweile ist er der größte Arbeitgeber im Ort. Er baute Werkstätten, in denen die Immigranten zusammen mit Einheimischen Kunsthandwerk schaffen, das der Verein dann verkauft. In die verlassenen Wohnungen zogen Flüchtlinge. „Ich glaube“, sagt

der Bürgermeister, „dass ärmere Gesellschaften wie wir besser in der Lage sind, das Unbehagen und das Leiden anderer zu verstehen. Aus diesem Humus heraus, habe ich das neue Riace aufgebaut. Unsere Botschaft ist, dass man alle Hindernisse aus dem Weg räumen kann, wenn man nur zusammen hält.“

Neue Hoffnung in Riace

Helen aus Äthiopien wurde hier zur Weberin. Zu Hause verlor sie ihre gesamte Familie, schaffte es mit ihrer kleinen Tochter nach Italien. „Die Flüchtlinge sind wichtig für uns“, so Lucano. „Durch sie haben wir wieder Lust bekommen, neu anzufangen. Dieser Neubeginn bedeutet, dass wir uns auf unsere eigenen Traditionen und Wurzeln besinnen. Wurzeln, die nun dafür sorgen, dass die Menschen in Riace bleiben, um gemeinsam an der neuen Hoffnung zu arbeiten.“

Shukri aus Somalia ist erst ein paar Monate hier. Ihre Lehrerin Irene wollte nach der Schule eigentlich nach Norditalien. Doch der Verein gab auch ihr eine Perspektive. Shukri kam mit einem Flüchtlingsboot.

„Das Meer war furchtbar wild“, berichtet Shukri. „Die Wellen haben unser kleines Boot durch die Gegend gewirbelt, tagelang.“

Meine Tochter war noch nicht da, ich war im achten Monat schwanger und hatte unglaubliche Angst auf dem Wasser.“

Früher gab es keine Ausländer in Riace. Derzeit sind es beinahe 300. Mit ihrer Arbeit finanzieren sie den Verein. Die Pizzeria im Ort war jahrelang zu. Bis Città Futura sie übernahm und das Gebäude zusammen mit den Flüchtlingen renovierte. Den Palästinensern fehlte ihr heimisches Brot. Da fiel dem Bürgermeister der alte Holzkohleofen ein.

„Domenico verdanken wir alles hier“, sagt der Flüchtling Dayaa. „Unser Leben, unser Glück. Danke Domenico!“ Mit reichlich Öl und Sesamkernen wird das Brot aufgebacken. Klar, dass der Bürgermeister das erste Exemplar bekommt. Doch er hat nicht nur Freunde - der Mafia ist er ein Dorn im Auge. „Sie haben uns in die Tür geschossen“, sagt Lucano, „und drei meiner Hunde getötet. Ganz in der Nähe von meinem Zuhause. Es waren junge, wunderschöne Tiere. Sie haben sie vergiftet.“

Ich habe versucht, es nicht zu beachten, der Sache kein Gewicht beizumessen. Wir machen einfach weiter. Denn wenn man sich so zum Schweigen brin-

gen lässt, dann bedeutet das, im Innern zu sterben.“

Die Mafia zum Feind

Riace ist wie eine Insel in tobender See. Aiva Saibou flüchtete aus dem nahen Rosarno mit einer Schussverletzung ins Dorf. Er hatte dort in einer Orangenplantage gearbeitet, bis Einheimische eine Hetzjagd auf die Afrikaner begannen. „Ich ging eine Straße lang, als ein Auto kam“, sagt der Flüchtling aus Togo. „Es fuhr direkt auf mich zu. Zwei Männer zogen eine Pistole und schossen auf mich. Dann hauten sie ab. Ich weiß nicht, warum.“ Mit Eisenstangen und Gewehren waren die Einheimischen auf die Afrikaner losgegangen, hatten sie mit Autos absichtlich zusammengefahren. 4000 Immigranten arbeiteten in Rosarno für einen Hungerlohn in den Orangenplantagen - von der Mafia organisiert.

„Ich rede jetzt nicht nur über Italien, sondern von ganz Europa“, so Lucano.

„Wir sind auf einem Weg in eine völlig neue Barbarei, die alle humanen Prinzipien und Werte über Bord wirft, die einmal grundlegend für uns alle waren.“ Den Menschen eine Perspektive geben, sie ankommen lassen in unserer Welt, sie, die die Stärke hatten, es bis nach Europa zu schaffen, das will Domenico Lucano. Der Bürgermeister eines kleinen Dorfes, das der Welt zeigt, wie Europa auch sein könnte. Doch die Welt außerhalb von Riace sieht anders aus.

Clemens Riha in www.3sat.de/kulturzeit/themen/142221/index.html

Politische Bildung: Aufgabe aller LehrerInnen

www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml: Die österreichische Schule kann die im § 2 des Schulorganisationsgesetzes formulierte Zielsetzung nur erfüllen, wenn sie Politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen entsprechend berücksichtigt. Diese setzt sich mit politischen Fragestellungen der Gegenwart, ihren historischen Zusammenhängen und den Möglichkeiten der Einflussnahme auf Entscheidungen auseinander. Sie ist eine Voraussetzung sowohl für die Entwicklung individueller Kompetenzen als auch für die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt. In einer Zeit, die durch steigende Komplexität in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, bedeutet Politische Bildung einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte...

Bildung in Not

Podiumsdiskussion zur laufenden Debatte

Univ.Prof. Dr. Bernd Schilcher

Graz, Vorsitzender der BMUKK Expertenkommission

NR Abg. Dr. Harald Walser

AHS-Direktor, Bildungssprecher der Grünen

BSI Eva Zöchling

Bezirksschulinspektorin Steyr Stadt

Gertrude Schatzdorfer

Unternehmerin, Industriellenvereinigung

Moderation: **Georg Neuhauser**

Impulszentrum für Cooperatives Offenes Lernen Steyr

Di, 28. Juni 2011, 20:00 Uhr
Dominikanerhaus Steyr

Veranstalter: Offene Plattform Bildungsinitiative Steyr

Auf der Veranstaltung wird es unter notarieller Aufsicht möglich sein,
das Volksbegehren Bildungsinitiative zu unterschreiben.

Österreich darf nicht sitzen bleiben!

Nähere Infos unter www.nichtsitzenbleiben.at



INITIATIVE **neues lernen**
KÖCK PRIVATSTIFTUNG



VOLKSBEGEHREN
BILDUNGSINITIATIVE
UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG
JETZT UNTERSCHREIBEN



IM HAUPTWOHNSTZ-GEMEINDEAMT ODER IM MAGISTRATISCHEN BEZIRKSAMT
Mehr Info: www.nichtsitzenbleiben.at Hotline: 0800 204 400

Berufsbegleitendes BS-Lehramtsstudium

Enormer zeitlicher Aufwand und große Belastung garantiert!



Dietmar Mühl
Personalvertreter im DA II
der Wiener Berufsschulen
d.muehl@oeli-ug.at

Haben Sie Ausdauer und eine verständnisvolle Familie? Können Sie Ihre Zeit gut einteilen und brauchen Sie wenig Schlaf? Können Sie unter Druck bei einer vollen Lehrverpflichtung sowohl den laufenden Unterricht vorbereiten als auch selbst für das Lehramtsstudium

lernen? Sind Sie teamfähig und übernehmen Sie gern die schwierigsten Klassen? Haben Sie bis jetzt mit JA geantwortet, sind Sie wahrscheinlich der/die ideale BerufsschullehrerIn. Da macht es Ihnen sicher auch nichts aus, wenn noch ein paar Supplier- und/oder Überstunden dazukommen – oder?

Wer jetzt glaubt, dass es so arg gar nicht werden kann, irrt. Vergessen Sie für das erste Studienjahr alle Familienausflüge und Treffen mit Freunden und Freundinnen, Ihre Verabredung wartet in Skriptform auf Ihrem Schreibtisch, denn die nächste Unterrichts- bzw. Studienwoche kommt bestimmt.

Halten Sie durch und verzweifeln Sie nicht, Sie werden es schaffen. Versuchen Sie jede Mehrbelastung mit dem Hinweis auf Ihr Studium abzulehnen, und geht es gar nicht mehr, so schreiben Sie mir, vielleicht kann ich Ihnen helfen.

JunglehrerIn - wer ist das schon?

Wir BerufsschullehrerInnen sind in unterschiedliche Fachgruppen eingeteilt. Daneben gibt es noch die für uns wahrscheinlich folgenschwerste Einteilung in Jung- und AltlehrerInnen. Wobei jung oder alt nichts über das Alter, sondern über die Dauer im Schuldienst aussagt. So sind viele von uns „JunglehrerInnen“, wobei sie vielleicht zwar noch im Herzen, aber laut Geburtsurkunde gar nicht mehr so jugendlich sind.

Für uns ist die einschlägige Berufspraxis eine Einstellungsvoraussetzung. Viele von uns können daher schon auf viele Jahre Berufserfahrung zurückblicken. Trotzdem ist der Einstieg oft sehr hart: viele Gegenstände, oft auch noch unterschiedliche Lehrberufe, Supplierstunden, „verhaltensoriginelle“ Klassen (Stichwort § 30 BAG), kaum bis keine Dokumentation über schulische Arbeitsabläufe, (noch) fehlendes pädagogisches Rüstzeug, mangelnde Erfahrung etc.

Die Probleme bestehen seit Jahren, werden aber meist in den „individuellen“ Bereich abgeschoben. Das heißt, ob und wie Unterstützung erfolgt, hängt vom Engagement und der Solidarität „älterer“ KollegInnen ab. Wahrscheinlich sind so viele potenziell gute LehrerInnen verlorengegangen. Dabei könnte diese Situation mit relativ wenig Aufwand durch ein verpflichtendes TutorInnensystem behoben werden. NeulehrerInnen könnten sich so viel schneller auf das Wesentliche, nämlich die Vor- und Aufbereitung ihres Unterrichts konzentrieren, und müssten nicht so viele lee-

re Kilometer auf der Suche nach Infos und Hilfe abspulen. Natürlich muss den TutorInnen aber in Form von Abschlagstunden die Möglichkeit auf eine gute Vorbereitung gegeben werden. Alles in allem aber ein verhältnismäßig bescheidener Aufwand mit einer riesengroßen Wirkung und Erleichterung für „junge“ LehrerInnen.

Wie sehr NeulehrerInnen zwar die pädagogische Ausbildung brauchen, so wenig können sie sich leider oft darauf einlassen. Am Beginn der Ausbildung heißt das die volle Lehrverpflichtung in 4 Tagen absolvieren zu müssen, weil der 5. Tag für die Hochschule reserviert ist. Das kann nicht funktionieren, weil gerade am Anfang jede Stunde noch viel mehr Zeitaufwand braucht als später! Dabei ist dieser Zustand ein gewerkschaftlicher „Knieschuss“ par Excellence. Vor knapp 2 Jahren preschte BM Schmied vor, LehrerInnen aus Kostengründen 2 Stunden länger in den Klassen stehen zu lassen. Welche Argumente hat die BS-Gewerkschaft, wenn selbst die NeulehrerInnen die Lehrverpflichtung in 4 Tagen schaffen und daneben noch studieren können? Dass wir alle wissen, dass das nur mit „Selbstaufopferung“ und „Auspowern“ geht, wird uns dann wenig weiterhelfen! 1 Tag auf der Hochschule kann für uns deswegen auch nur weniger Lehrverpflichtung heißen. Das wird aber leider nicht vom Himmel fallen, sondern dafür braucht es eine tatkräftige BS-Gewerkschaft!

AutorIn der Redaktion bekannt!

BS - bunt vermischt!

Entscheidung der Wr. Landesregierung über die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung im DA II der Wr. Berufsschulen, GZ: MA I - 444/2010 v. 28.03.2011

Es wurde, neben anderen Punkten, in der Sitzung des DA vom 25. März 2010 insoweit Gesetzeswidrigkeit festgestellt, als nicht über jeden Tagesordnungspunkt, sondern nur pauschal abgestimmt wurde.

Ich hatte zu dieser Sitzung 8 voneinander unabhängige und vollkommen verschiedene Tagesordnungspunkte eingebracht, welche zum üblichen Arbeitsbereich einer Personalvertretung gehören. In einer einzigen Abstimmung wurden alle von mit eingebrachten Punkte abgelehnt.

D. Mühl

Offene Baustelle

Der Sondervertrag für VertragslehrerInnen an Berufsschulen harrt nach wie vor einer Korrektur. Länderweise gibt es große Unterschiede bei den Vertragsbedingungen. Für alle gleich ist aber der Passus „bereits zurückgelegte Zeiten als BerufsschullehrerInnen können für die Einstufung in die Stufen 2 bis 3 angerechnet werden, wenn die unterrichtliche Tätigkeit nicht mehr als 6 Monate unterbrochen wurde“. Dieser muss dringend auf „bereits zurückgelegte Zeiten als BerufsschullehrerInnen werden für die Einstufung in die Stufen 2 bis 3 angerechnet“ geändert werden. Bereits benachteiligte KollegInnen sollen so rasch als möglich zu den noch auszuverhandelnden besseren Bedingungen wechseln können. Ich arbeite bereits an einem länderübergreifenden Vergleich der Sonderverträge über den ich Sie demnächst informieren werde.

D. Mühl

Richtigstellung des Artikels „Herbergsuche“ im BS-Kreidekreis 3/2011

Zentralausschussvorsitzender und Gewerkschaftsvorsitzender-Stellvertreter Gerhard Herberger hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass der Bereich des alten ZA-Büros nicht für die Errichtung neuer Klassen genutzt wird sondern in Zukunft dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen für die Verwaltung und Organisation der Berufsmatura dient. Ich bedauere diese Fehlinformation!

D. Mühl

Net obrennt oba ausbrennt! Zwickmühle vorwiegend im „Wiener Berufsschulbereich“!

Sie sind gern BerufsschullehrerIn? Sie lieben Ihren Beruf, denn das Unterrichten macht Ihnen Spaß?

Ich freue mich für Sie, dass bei Ihnen alles in Ordnung ist. An manchen Berufsschulen gibt es aber gleichzeitig Jahres- und Lehrgangsunterricht. In dieser Zwickmühle kann es immer wieder zu 35, 40 oder sogar mehr Unterrichtsstunden pro Woche kommen und dann geht es den LehrerInnen gar nicht gut. Ist ein Lehrgang zu Ende, kommen Wochen mit geringerer Arbeitsbelastung, da nur die Jahresklassen zu unterrichten sind. Für viele ist diese Regenerationsphase bis zum nächsten Lehrgang aber zu kurz. Wenn dann noch ungewollte Überstunden dazukommen und einige KollegInnen krank werden oder ein Seminar besuchen, eskaliert die Überlastung.

Und wie reagieren die LehrerInnen? Von „Augen zu und durch, Hauptsache das Geld stimmt“, innerer Kündigung und Burnout-Erscheinungen in verschiedenen Abstufungen ist alles zu finden.

Wie kann es nun für Sie zu einer Verbesserung der Situation kommen?

- Sprechen Sie mit Ihren DirektorInnen und versuchen Sie zu einem Stundenplan zu kommen, welcher so kreativ ist, dass er keine extremen Belastungen enthält.
- Lehnen Sie ungewollte Überstunden einfach ab. Zu mehr als 5 Überstunden dürfen Sie nicht verpflichtet werden.
- Als JunglehrerIn versuchen Sie Überstunden mit dem Hinweis auf Ihr Studium abzulehnen.
- **Kommt es zu keiner Verbesserung der Situation, sprechen Sie mit Ihrer Personalvertretung und verlangen Sie Hilfe. Der Dienststellenausschuss kann in begründeten Fällen die Zustimmung zur Dienstenteilung verweigern.**

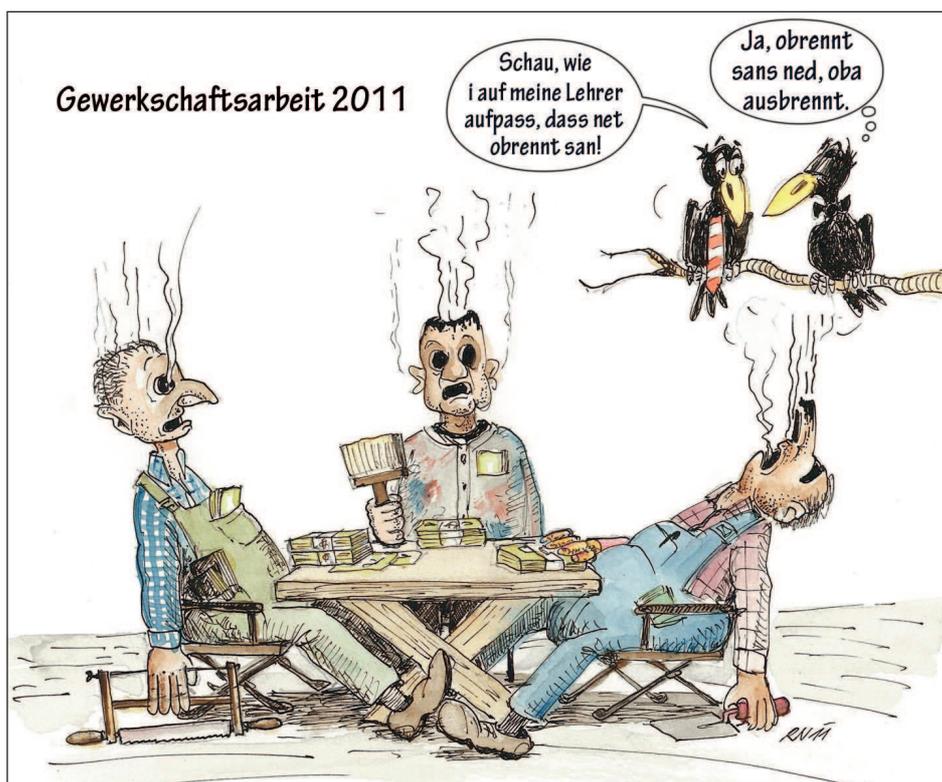
Die Einschaltung der Personalvertretung hat im Berufsschulbereich keine Tradition, scheuen Sie sich nicht und brechen Sie mit Althergebrachtem! D. Mühl

Anfragen und Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

CP IKS-Nr.: 267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort)
GZ 02Z030917M

Gewerkschaftsarbeit 2011



„Die pädagogische Hochschule“ oder „die verzweifelte Suche nach den ECTS“

Die pädagogische Hochschule stellt eine Sonderform ihrer Art dar. Wie gerne hätte sie Ähnlichkeiten mit ihren großen Geschwistern und würde lieber in den Kreis der AkademikerInnen-Ausbildungsstätten integriert werden. Doch sie kann nicht. Woran liegt das?

Auf der einen Seite muss man den Vortragenden den Vorwurf machen, dass sie selbst bei Erwachsenen ihre Kleinkinderpädagogik anwenden. Auf der anderen Seite hat es öfters den Anschein, dass die Vortragenden nicht wissen, wie sie die vorgegebene Zeit verwenden sollen. Anstatt Themen zu bearbeiten, die für den Lehrenden / die Lehrende wirklich von Bedeutung wären, erhält man Peripherinformationen, die den Studierenden wie Zeitverschwendung vorkommen. Zum Teil avancieren die Seminare zu „Erzähl mir eine Geschichte aus Deiner Schule“-Veranstaltungen, die nur eines aufzeigen: Nicht jeder ist zum Lehrer / zur Lehrerin geeignet...

Doch wo kann man Verbesserungen ansetzen? Es ist klar, dass nicht alle Studierenden mit gleichen Eingangsvoraussetzungen einsteigen, doch soll dies nicht Grund dazu geben, die Ausbildung zur Farce zu machen. Immerhin handelt es sich um LehrerInnen, von denen man meinen könnte, dass sie gefordert wer-

den können. Es wäre wahrscheinlich auch kein Problem für die Studierenden etwas Lernaufwand für interessante, praktisch anwendbare Wissensgebiete aufzubringen. Stattdessen wird von ihnen verlangt die Zeit (in ihrer Freizeit!) abzusetzen und meist wissen sie nicht einmal wozu. Ist die pädagogische Hochschule bereit, nicht nur die Anwesenheit zu benoten und ein echtes Hochschulsystem einzuführen? Dies würde bedeuten, dass bei Vorlesungen nicht mehr Anwesenheitspflicht herrscht. Die Konsequenz wäre, dass diese Vorlesungen interessant gestaltet werden müssten, um Publikum anzulocken. Verbesserungswürdig ist teilweise auch die Unterrichtsqualität der ProfessorInnen auf der pädagogischen Hochschule. Neben wirklich ausgezeichneten Vortragenden finden sich auch einige, die die Erziehtätigkeit auch auf der Hochschule nicht ablegen können. Dies äußert sich unter anderem, indem diese ProfessorInnen es persönlich nehmen, wenn Studierende zu spät kommen. Hier wäre etwas mehr Professionalität gefordert!

Es ist klar, dass die oben genannten Vorschläge nicht von heute auf morgen geändert werden können, doch ich hoffe, dass sich in Zukunft in der LehrerInnen-Ausbildung einiges zum Besseren ändern wird. AutorIn der Redaktion bekannt!

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518